

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal

Ämliches Verordnungsblatt



Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark
mit der Beilage „Christliche Familie“
9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einseitige Grundzeile (Breite 45
mm breit) oder deren Raum 80 Pf.
die Restzeile (Breite 30 mm breit) oder deren Raum 2 Mark.
Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden.
Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 72.

Steinheim, Dienstag, den 19. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Parlamentarismus als Friedensstörer.

Frankreich wird in seiner Politik mehr und mehr in einem Schreckbilde parlamentarischer Ausschüßigkeit. Und seine Kammer lassen die Welt nicht zum Frieden kommen, weil die Rücksichten, die sie aufeinander zu nehmen haben, zur Rücksichtslosigkeit gegen den Friedenswillen Europas werden. Aus dem Siegesstempel und dem Annulationsstempel der Waffenstillstandszeit heraus geboren glaubt die französische Kammer sich als Stimmungsgeber und Beauftragter einer nationalpolitisch verheißten Wählerkraft sich nationalpolitisch-annulationspolitischen Bestrebungen hingeben zu müssen, die überall dort die Paragrafen des Versailles-Diktates zu sprengen und zu umgehen versuchen, wo von deutschen Rechten die Rede ist. Die oberste Frage und die sogenannten Sanktionen bilden ein Schulbeispiel für die Art von Politik, die ein Land zu führen gezwungen ist, dessen Regierende das Volk seit Jahr und Tag durch wildeste Kriegsjahre in eine Gefühlsverfassung hineingetrieben haben, die zwischen geradezu hysterischer Angst und wildem Siegestaumel schwankt. In beiden Fällen, sowohl in Bezug auf Überheblichkeit wie in Bezug auf die Sanktionen, liegt Deutschlands Recht so klar zutage, daß selbst Länder, die keineswegs der Deutschfreundlichkeit verdächtig sind, in ihrer Presse mehr und mehr von der unehelichen, friedensstörenden Politik Frankreichs abfallen. Aber Frankreich wankt und weicht nicht von seinem widerrechtlichen Standpunkt, weil sein Kabinett nicht wagt, der Kammer mit dem Versailles-Vertrag in der Hand entgegenzutreten und zu sagen, daß es der oberste Grundsatz des Sieges sein müsse, dem Besiegten die Rechte aus dem Friedensvertrag zurückzugeben. Die französische Regierung schreckt zurück vor dem nationalpolitischen Terror der Kammer und bietet darum einer Welt, die man lehrte, die Demokratie als höchsten Friedensstörer anzusehen, das Bild einer Hilflosigkeit, die eben diese Demokratie zum einzigen Unruhefaktor werden läßt. Nicht der Versailles-Vertrag, sondern die innere Politik Frankreichs wurde zum Leiter der Geschichte Europas, und Europas Frieden hängt vom Willen französischer Parlamentarier ab, deren eitle Grobmannschaft sie zu gewissenlosen politischen Demagogen werden läßt. Die Kabinettspolitik, ehemals ein innerpolitischer französischer Sport, der der Welt manches Beispiel höchster parlamentarischer Entartung zeigte, würde im Frankreich von heute zum Schicksal der europäischen Politik und des europäischen Friedens. Ohne die französische Kammer wäre die oberste Frage, wären die Sanktionen längst abgetan, und zwar abgetan zugunsten Deutschlands, oder die Nationalisten der französischen Kammer wollen der Welt ihren Willen aufzwingen, mag darüber Europa mehr und mehr zum Chaos werden. Und aber allem stehen wie eine dunkle Wolke Wilsons und seiner Nachfolger Phrasen von der Legenden, Friedenserhaltenden, weissen Demokratie. Aber an ihren Fäden wird man auch diese Entartung des Parlamentarismus eines

Tages erkennen und sich von einer Demokratie vom Schlage der französischen abwenden, die nichts weiter ist als das gewissenlose Streben und die Herrschaft eines kleinen parlamentarischer Berufsnationalisten vom übelsten Schlage.

Das Urteil im U-Boot-Prozess.

Vier Jahre Gefängnis.
Im Prozess wegen der Versenkung des englischen Zerstörers „Lancaster Castle“ und der Verschleppung der Rettungsboote wurden die beiden Angeklagten Oberleutnant zur See Dittmar und Boldt zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Beihilfe zum Völkermord. Gegen Dittmar wurde außerdem auf Dienstentlassung erkannt.

Die Begründung des Urteils.
In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Schmidt u. a. folgendes aus: Der Senat hat als erwiesen angesehen, daß das Zerstörer-Schiff „Lancaster Castle“ völkerrechtswidrig torpediert worden ist. Für die Torpedierung ist allein der Kommandant Boldt verantwortlich. Was die Rettungsboote anbetrifft, hat der Senat angenommen, daß drei Boote von dem sinkenden Schiff abgenommen sind, und daß diese Rettungsboote abgeführt vom U-Boot aus geschossen worden sind.

Es könne überhaupt keinem Zweifel unterliegen, daß die Verschleppung der Rettungsboote der Rettungsboote geolten hat und daß durch das Schicksal der Menschenleben vernichtet worden sind. In dem Verbrechen der Torpedierung waren die Angeklagten beteiligt. Am Ende Boldt und ihnen hat ein ausbräutliches oder schiffswegendes Einverständnis bestanden. Während die Angeklagten bei der Torpedierung des Schiffes dem Völkermord beigetragen, hätten sie bei der Verschleppung unbedingt Widerstand erheben und mit Anzeige bei der vorgesetzten Behörde doch müssen. Das haben sie nicht getan. Es waren alle drei Offiziere gleichmäßig an der Verschleppung beteiligt. Ein Beweis für eine überlegene Führung ist nicht erbracht. Es ist daher Lösung ohne Überlegung angenommen worden.

Bei der Bemessung der Strafe war zu berücksichtigen, daß es sich um eine sehr schwere Straftat handelt, daß nämlich hochverräterische Schiffsbrüche geübt worden sind. Es war aber auch zu berücksichtigen, daß durch das Verbrechen das Ansehen der deutschen Marine und vor allem Dinge das völkerrechtliche Ansehen des U-Boot-Krieges sehr schwach gemacht worden ist. Der Senat hat deshalb eine Gefängnisstrafe von vier Jahren als angemessen erachtet.

Vorläufig kein Entenscheid wegen der Leipziger Prozesse.

Der französische Ministerpräsident hat mit seiner Anregung, daß auch die übrigen Alliierten ihre Vertreter beim Reichsgericht abberufen und zusammen mit Frankreich gemeinsam gegen die Leipziger Reichsgerichtsurteile protestieren möchten, zunächst wenig Glück. Das amtliche Preussische Büro erklärt nämlich, daß die britische Regierung es nicht für notwendig halte, in Verbindung mit dem Gerichtsverfahren gegen die deutschen Kriegsschuldigen einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Verträge der völkerrechtlichen Beamtung

der Krone über die bereits behandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen, und da noch nicht sämtliche britischen Fälle abgeschlossen sind, ist ein vollständiger Bericht im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht einzeln erörtern werden, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse werden jedoch aufmerksam verfolgt, als Präzedenz für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen.

Vorläufig wird also kein neuer Entenscheid in Berlin erfolgen. England macht anscheinend seine endgültige Stellungnahme in der Kriegsschuldigenfrage von dem Ausgang des zweiten U-Boot-Prozesses abhängig, mit dem die erste Serie der Leipziger Prozesse ihren Abschluß gefunden hat.

Aus Stadt und Land.

Oberschlesien-Hilfswerk. Das Rote Kreuz führt die Fürsorgetätigkeit in Oberschlesien mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften in Oberschlesien durch. Vor kurzem ist der Austausch der Internierten, den das Rote Kreuz durchgeführt hat, vorläufig beendet worden. Es sind 2800 Deutsche zurückgeführt im Austausch gegen 2800 polnische Internierte. Es sind nun vor allem durch Kleinarbeit festgesetzt, wo noch einzelne Internierte festgehalten werden, um ihre Befreiung durchzusetzen.

Lebensmittel für die ober-schlesischen Flüchtlinge. Der Reichs-Landbund hat sich bereit erklärt, für das Oberschlesien-Hilfswerk eine große Menge Mehl zu liefern. Der Reichs-Landbund wird sich an alle seine Unterorganisationen wenden, um sie zu reichlichen Spenden in Lebensmitteln aufzufordern, damit auch die landwirtschaftlichen Kreise das ihre zur Linderung der ober-schlesischen Not beitragen. Ferner hat die Kalk-Kompagnie Theodor Meißner, Gumburg, 260 Zentner Magerbrotbrot, die hauptsächlich für die Kinder der in Not geratenen bestimmt sind, zur Verfügung gestellt. Die Firma Stephan Ruhmann hat sechs Ballon Suppenwürfel gespendet. Weitere Lebensmittel-spenden sind angekündigt. Für ihre schnelle Weiterbelieferung ist alle Sorge getroffen.

Ein Dank-Gedächtnis-Tag. Auch den deutschen Truppen, die gegen Ende des Krieges mancherlei Abwendung zu unseren militärischen Gunsten durch geschickte Bedienung und tapferen Angriff im Lauf der Zeit meist eine harmlose Verwendung für den Widerstand, herbeiführten, soll ein Gedächtnis-Tag für ihre dem deutschen Vaterlande geleisteten Dienste zuerkannt werden. Das Abzeichen kann auf Antrag Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der ehemaligen Kampfbataillone verliehen werden, die 1918 mindestens drei Feldzüge im Felde mitgemacht haben.

Höhenwelt in Süddeutschland. Von einer unerträglichen Höhenwelt ist augenblicklich Süddeutschland überflogen. Die Trockenheit nimmt einen ganz bedenklichen Charakter an. Die Temperaturen in der Oberrheinischen Ebene erreichen bereits in den Morgenstunden

(1) Schicksalslauf.

Roman von Leopold Eismann

Denn Felix war überzeugt, daß Ernestine Hollweg auch dem jungen Offizier nicht gleichgültig war, denn sonst würde dieser nicht mit solcher Feuer-Energie für sie gegen ihren Veleidiger aufgetreten sein. Aber nun war das lange Studium der Medizin vor sich, konnte er ja vor der Hand nicht an eine Heirat denken. Gleichgültig würde es ihm insofern ganz gleich nicht sein, wenn Emil seinen Segen erteilte.

So ging Dr. Felix Wendau zu der Frau Majorin Hollweg, um zunächst diese für sich zu gewinnen, die ihm noch nicht kannte. Er wählte dazu eine Stunde, in der, wie er auskunftig hatte, Ernestine durch den Besuch eines Konfessionärs vom Hause ferngehalten war, so daß sie nicht störend in seine Auseinandersetzungen eingreifen konnte.

Die alte Dame hätte den Besucher gewiß nicht empfangen, wenn er sich nicht hätte durch das Dienstmädchen als in wichtigen Angelegenheiten kommend hätte anmelden lassen. Da vermutete sie, daß es sich um den Leutnant von Brandhaus handle, und beschloß, ihn anzuhören. Er zeigte sich so bescheiden, daß sie die Schrockhaft ihres Tones milderte.

„Sie bringen mir Nachricht über Herrn v. Brandhaus?“

Er schüttelte. Doch er entschloß sich, auf alles einzugehen, um sie für sich zu gewinnen. Und wenn er sich nicht vorzeitig äußerte, konnte ihm das nur nützen.

„Doch nicht direkt“, versetzte er. „Mein Vater schrieb mir, daß Herr von Brandhaus in Karlsruhe eingetroffen sei. Er verkehrt dort viel im Hause des Herrn von Hohenfels, des Ministers.“

Frau Major Hollweg war doch so sehr Weiß, daß diese gelegentliche Neußerung ihre ganze Bistbegierde erweckte.

„Fräulein von Hohenfels ist die Braut des Herrn von Brandhaus, nicht wahr? Daß ihr Vater Minister

ist, habe ich allerdings nicht gewußt. Nun da macht Herr von Brandhaus ja eine glänzende Partie.“

Aus ihrer Stimme war jetzt deutlich eine starke Bitterkeit heraus zu hören. Wenn Max der Schwiegervater eines Ministers werden könnte, dann blies ihm freilich kein Sturm für ihre Nichte, die liebe, kleine Emil, ab.

Felix Wendau war überrascht. Daß man zu Hause Franziska von Hohenfels und Max von Brandhaus zusammen nannte, mußte er natürlich, aber daß es zu einer Verlobung gekommen wäre, war ihm noch nicht bekannt. Wohl hörte er aber deutlich aus der Stimme der Majorin heraus, daß sie durch die Verlobung gekränkt war, und daß das höchste bräutigam zu seinen Plänen.

„Von einer Verlobung der beiden Herrschaften hat mir mein Vater noch nichts geschrieben, aber Sie könnten schon möglich sein, denn Frau Janna hat sich schon früher damit beschäftigt. Herr von Brandhaus und das Fräulein kannten sich schon als Kinder.“

„Es ist wirklich Tatsache, wenn auch vielleicht offizielle Angelegenheiten noch nicht verhandelt sind“, fiel die Majorin ein. „Herr von Brandhaus sprach selbst davon, vor seiner Abreise. Ich glaube, er würde bald wieder hierher kommen. Aber wenn kein künftiger Schwiegervater Minister ist —“ Sie stockte.

„Dann ist seine Karriere in jedem Fall gesichert, wollen gnädige Frau sagen“, ergänzte er den Satz. „Nun, damit ist wohl zu rechnen. Auch wenn Herr von Brandhaus Medizin studieren sollte, wie er verlauten ließ. Und Fräulein von Hohenfels ist eine berühmte Schönheit dazu. Und reich.“

Der Ton der Dame wurde noch schärfer, als sie antwortete: „Ja, ja, das erklärt vieles. Nun, ich wünsche den Herrschaften gewiß das Beste. Aber Sie wollten mich in einer wichtigen Angelegenheit sprechen?“

Nun konnte sich Felix Wendau gründlich aussprechen und er tat es mit großem Erfolg. Im Herzen der Majorin war ein Stachel zurückgeblieben gegen ihren Nichten, sie hielt Max von Brandhaus jetzt

für einen Streber. Daß Ernestine ihm längst gut war, mußte er doch erkannt haben und darum sofort Klarheit schaffen müssen, bis sie sich in unerfüllbare Hoffnungen versenkte. Er hatte sich auch wohl über Felix Wendau etwas unnötig ereifert, denn was dieser sagte, nahm die Dame sehr für ihn ein.

„Ich wußte nicht, was ich tat“, sagte dieser halblaut, wie niedergedrückt vom Gefühl der Reue, „aber viele Entschuldigungsworte beseitigen die Tatsache nicht. Das kann nur durch eine offenkundige Beteuerung geschehen, alles wieder gut zu machen. Und ich glaube, das wird besser beweisen zu können, als dadurch, daß ich Sie, verehrte gnädige Frau, bitte, Fräulein Ernestine gestatten zu wollen, mich näher kennen zu lernen, und mir später erlauben zu wollen, um die Hand der jungen Dame zu werben. Mein Vater gilt als der größte Fabrikherr unseres Landes, und ich bin sein einziger Sohn. Lieber die materielle Zukunft meiner Gattin bestehen also keine Bedenken.“

Sie schieden als die besten Freunde. Und als Wendau die Treppe hinunter ging, murmelte er sehr zufrieden vor sich hin: „So, mein lieber Max, jetzt wollen wir sehen, wie sich die Zukunft gestaltet. Ich hier einzuschmeicheln und später des Ministers Schwiegervater zu werden, das hätte Ihnen wohl gepasst. Wir werden sehen, was wird.“ Für ihn bestand kein Zweifel, daß Brandhaus sich nur um der Zukunft willen am Franziska von Hohenfels bewarbt, aber trotzdem sich um die nette Ernestine bemüht hätte. Das stolze Fräulein Franziska gönnte Felix seinem Gegner, die war ihm zu uneben als Frau.

Als Ernestine wieder nach Hause kam, erzählte ihr die Tante vorsichtig von dem Besuche, soweit sie es für gut hielt. Mit der vollen Wahrheit hervorzutreten, hielt sie noch nicht für angebracht, die hätte das Mädchen stutzig machen können.

„Wenn Herr Wendau sich jetzt noch entschuldigen will für seine Indringlichkeit“, antwortete sie der Majorin, „so kommt er reichlich spät. Mag er denken, was er will, für mich ist er abgetan. Das hat Max...“

bis 25 Grad Celsius; nachmittags kann man sogar 33 bis 36 Grad im Schatten vom Thermometer ablesen. Die Wasserknappheit tritt immer stärker zutage, und die Behörden warnen unter Androhung von Strafen, Nationierung und Wasserperestrojen, vor jedem verschwenderischen Wasserverbrauch. Die Gebirgsflüsse sind beinahe am Versiegen und in zahlreichen Schwarzwaldbächen müssen die Bewohner oft große Strecken zurücklegen, um sich Wasser zu beschaffen. Der Neckar hat bei Heidelberg und bei Mannheim den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten erreicht.

Ein falscher Magistratsdeputierter verhaftet. In Wildbad wurde ein früherer Magistratsdeputierter der Stadt Berlin, ein angeblicher „Dr. Max Rudolf“, verhaftet, da er im dringenden Verdacht steht, Unterschlagungen und Urkundenfälschungen auf dem Korbholz zu haben. Der Verhaftete war ein Mitglied der kommunistischen Kreise des Berliner Magistrats und verdankte besonders einem kommunistischen Stadtrat die Stellung eines Generaldeputierten. Man vermutet, daß der Verhaftete mit einem der Hauptverheber des Anschlages auf die Siegesallee in Berlin identisch ist. Der Herr „Dr.“ war in Wildbad durch sein mangelhaftes Deutsch und sein großschlächtig, dummes Wesen aufgefallen und hat damit seine Verhaftung und Enttarnung möglich gemacht. Der Berliner Magistrat hat natürlich nichts davon gemerkt, als „Dr. Rudolf“ noch dort tätig war.

Die Besatzungsbehörden gegen die Kinder. Die französische Militärverwaltung sabotierte in Landau den dort geplanten Kinderhilfsfest durch, daß sie den von der französischen Militärbehörde beschlagnahmten Garten der städtischen Festhalle für die Veranstaltung nicht freigab. Als Begründung wurde angeführt, daß es ein Kinderfest in Deutschland nicht gäbe und daß die Veranstaltung nur zu propagandistischen Zwecken stattfinden sollte.

Ausführung eines Raubmordes. Es sind schon zwei Jahre her, da wurde die Witwe Habus in Schöneiche bei Berlin des Nachts in ihrem Bette ermordet. Alle Schränke in ihrer Wohnung waren erbrochen, Schmuckstücke und Geld waren verschwunden. Die fortgesetzten Nachforschungen der Polizei haben endlich zum Ziele geführt. Die verhafteten und geständigen Mörder sind der 28 Jahre alte Max Pfeil und der 22 Jahre alte Franz Behner. Mit ihnen verhaftet wurden Emilie Lehmann und Lina Dümke, beide unter dem dringenden Verdacht der Mitwisserschaft.

Typhusepidemie in Westfalen. In Westfalen ist eine schreckliche Typhusepidemie ausgebrochen. Allein in Duisburg sind 54 Personen infolge Fleischvergiftung an Paratyphus erkrankt. Bis jetzt hat die Epidemie zwei Todesopfer in Duisburg gefordert. In einer einzigen Familie liegen allein neun Personen an der schrecklichen Krankheit darnieder. Auch in Marthen bei Dortmund greift die auf einer Milzinfection beruhende Typhusepidemie schrecklich um sich. Bisher sind 96 Erkrankungen und fünf Todesfälle gemeldet worden. Die Bevölkerung wird zur Schutzimpfung aufgefordert, die kostenlos erfolgt.

Ein neuer Heidebrand. Die Wald- und Heidebrände nehmen in der letzten Zeit einen erschreckenden Umfang an. Aus Oldenburg kommt jetzt die Meldung von einem neuen Heide- und Moorbrand in dem zwischen Neubörger, Neubörger, Neulühe und Dörpen gelegenen Dörper Moor, von dem bisher eine Fläche von 1000 Morgen ergriffen worden ist. Alle Lösungsversuche sind zwecklos; das Feuer greift immer weiter um sich.

Die Königin von Schweden krank. Die Königin von Schweden hat sich einer Operation unterziehen müssen. Eine wesentliche Besserung ihres Zustandes ist eingetreten.

Misenerdbeben in China: 80 000 Tote! Ein furchtbares Erdbeben hat sich nach Mitteilung des „Matin“ in den chinesischen Bezirken Kanju und Chanli zugetragen. 80 000 Menschen sollen nach den bisherigen Meldungen dabei umgekommen sein.

Kleine Nachrichten.

* Am Sonntag, 21. August, findet in Raseburg die feierliche Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen der bayerischen Truppenformationen statt.

* Der bekannte englische Zeitungslöcher Nord Northcliffe wird mit einem großen Stabe von Journalisten eine Reise um die Erde antreten.

Herr von Brandhaus, auch gesagt, und er hat recht! „Alle Stunden sind bei keinem Menschen gleich“, verteidigte die alte Dame, „und mehr als aufrichtig ist es, daß das kann doch niemand. Und ins Haus konnte er auch nicht wohl kommen, so lange Herr von Brandhaus hier war. Du kannst ihm also verzeihen und ihm ruhig gelassen, daß er auch dir wiederholt, was er mir bereits gesagt hat. Herr von Brandhaus kann doch nicht in allen Dingen für dich maßgebend sein, er wird der Schwiegerjohn eines Ministers, und wer weiß, ob wir uns noch einmal wiedersehen.“

Das junge Mädchen fuhr auf: „Du meinst, es könnte gar zweifelhaft sein, ob er wiederkommt? O Dantchen, er hat doch gesagt, er kommt wieder. Und mir hat er auch erzählt, hoffentlich würde ihn seine Braut und deren Mutter einmal hier besuchen, und er hoffte, wir, sie und ich, würden Freundinnen werden. Er ist ein so guter, lieber Mensch, und in allem, was er sagt, hat er Recht. Du darfst es wirklich glauben, Dantchen, ganz gewiß.“

Die Majorin war gereizt. Dies blinde Mädchenvertrauen ging doch zu weit. Wenn Ernestine so dabei blöde, in Max ihr alleiniges Zukunftsideal zu setzen, dann würde sie eine alte Jungfer.

Sie sagte deshalb langsam, bevor sie das Zimmer verließ, und damit das Gespräch abbrach: „Ich wünsche dir gewiß alles Gute, liebe Dini, und darum vergiß nicht, wenn du das Fräulein von Hohenfels einmal kennen lernst, daß es keiner Braut gefällt, wenn ihr zukünftiger Mann von anderen jungen Mädchen verehrt wird. Das gibt keine Freundschaft.“

Geborgens Hauptes sah Ernestine noch geraume Zeit da. Sie merkte es gar nicht, wie ihr die Tränen über die Wangen rieselten. Und sie flüsterte vor sich hin: „Ich will ja nur, daß er glücklich wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Frankreichs Machtpunkt.

Ein neutrales Urteil.

Die Abberufung der französischen Justizkommission aus Leipzig und ihre Begründung durch Briand im Pariser Parlament hat endlich einmal allen Neutralen den Machtwortsinne der Gewalthaber an der Seine deutlich vor Augen geführt. Zahlreiche neutrale Blätter, die bisher über den Verdacht der „Deutschfreundlichkeit“ erhaben waren, verurteilen einstimmig die einseitige Machtpolitik der französischen Regierung, die den Haß der Kriegszeit verewigen und eine Verjährung der Völker niemals möglich erscheinen lasse.

So schreibt u. a. das Stockholmer „Nyt Tidning“, eines der einflussreichsten Blätter Schwedens, zu Briands Ausführungen im Senat bezüglich der Reichsgerichtsurteile:

Wenn Briand eine Erklärung mit den Worten einleitet, „Nacht uns Deutschland zeigen, daß wir die Macht haben!“ so ist dies bezeichnend für den Standpunkt, zu dem die französische Siegespolitik gelangt ist. Es ist fest nicht mehr die Rede von Frieden und Gerechtigkeit, sondern von Macht! Was früher als absonderlich preußisch bezeichnet wurde, ist jetzt ehrenhaft französisch geworden. Kann man überhaupt noch von einem Friedensvertrag sprechen? Ist es nicht ein ausgeprägter Kriegsvertrag? Wo ist der Friede, den dieser Vertrag bringen soll? Es ist Krieg in Oberschlesien und Polen, es ist Krieg in Kleinasien und nach den Beschlüssen Briands soll es auch Krieg in der Rheinprovinz geben. Mit einer solchen Politik macht man nicht Frieden, sondern Krieg. Die Deutschen haben Grund, zu glauben, daß es niemals die Absicht Frankreichs gewesen ist, das Reichsgericht in Leipzig seine Aufgaben lösen zu lassen, sondern nur ein Vorwand. Frankreich sucht den Friedensvertrag in den Kriegsvertrag zu verwandeln, sobald es ihm genehm ist.

Preußens Wappen.

Der fliegende Adler.



Der preussische Staat hat sich ein neues Wappen gegeben, da es die Verhältnisse nun einmal bedingen. Die Regierung Preußens hat dabei aber wie das Reich am Wappenbild des Adlers festgehalten, jedoch zu vermeiden gewußt, daß beide Wappen miteinander verwechselt werden können. Das Kabinett hat sich für einen fliegenden Adler nach dem Entwurf von Hermann Esch entschieden und erklärt dazu: „Dieses klare und feste Bild des aufsteigenden Adlers verspricht vollständig zu werden, weil es als Sinnbild eines Staates empfunden werden kann, der ohne den inneren Zusammenhang mit seiner Vergangenheit zu verlieren, sich aus tiefem Fall zu neuen Aufstiegen rüftet. Es hat nicht einen stilistischen Adler erfunden, sondern den Mut gehabt, einen Natureindruck zur strengen Form auszugestalten. Gerade das wird diesen Adler vor raschem Verfall schützen. Ein ausgeprägter „expressivistischer“ Adler würde schon dem nächsten Geschlecht so unentzerrlich sein, wie uns heute ein Staatswappen im Jugendstil wäre. Im Runder des Stempel und Siegel steht der Adler Eschs mit sprechendem Umriß und guter Schwarz-Weiß-Verteilung. Er ist von vornherein als graphisches Zeichen gedacht. Nach den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten: als Gummi- und Trockenstempel, als Siegel im Briefkopf und auf Fahnen bedarf jedes Wappenbild gewisser Umformungen; es soll z. B. das einmalaufstehende, das anderemal holzschmittgerecht sein. Auch der Adler muß sich hier der strengen Kreisform anpassen, dort darf er sich freier in der Fläche entfalten. Man kann nicht für alle Formate, Zwecke und Techniken ein und dasselbe Normatier verwenden wollen.“

Preussischer Landtag.

— Berlin, den 15. Juli 1921.

Weiterberatung des Nothausfalls.

Vor Eintritt in die Weiterberatung des Nothausfalls wird der Gesandtschaft über die Delegation für den preussischen Anteil der Erzdiözese Gnesen-Posen angenommen. Bei der zweiten Beratung des Entwurfs über die Vereinfachung von Staatsmitteln zur Förderung der Antikontingenz wird der Antrag Dr. Schröder (Dsm.) angenommen, durch den die staatlichen Mittel zur Förderung der Kontingenzbindung auf 200 Millionen Mark erhöht werden. Darauf wird der Gesandtschaft selbst in zweiter und dritter Beratung angenommen. Hieran wird die Aussprache über den Nothausfall in Verbindung mit den Anträgen über die Sanctionen und die Beschlagnahme der Berliner „Noten Kasse“ fortgesetzt.

Minister des Innern Dominicus erwidert auf die Anfrage der Kommunisten, daß die Beschlagnahme wegen Ruilverhandlungen gegen das Pressegesetz und das Reichs-Strasengesetz durch den Volksbeauftragten verhängt und vom zuständigen Amtsgericht gebilligt sei. Der Redner der Kommunisten hat einen Einlass geteilt, der angeblich Kommunisten von der Kommunalverwaltung ausschließt. So allgemein ist der Einlass nicht. Aber wir dürfen nicht dulden, daß in Mitteldeutschland Amts- und Gemeindevorsteher nach kommunistischen Parteiprinzipien ihr Amt führen und es in einem Zustand hinterlassen, daß ihre Nachfolger die Geschäfte kaum wieder in Ordnung bringen können. Die Reichsregierung hat im Einverständnis mit uns die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Magdeburg und Erfurt und einem Teile des Bezirks Merseburg verfügt, dagegen ist wiederum im Einverständnis mit uns der Belagerungszustand in Ostpreußen noch aufrechterhalten worden. Durch die Entstellung Ostpreußens, die Entwaffnung und die Bedrohung durch die Polen ist die Bevölkerung noch zu sehr beunruhigt.

Die Vorwürfe gegen die ober-schlesische Sauberpolei weise ich zurück. Die große Menge der Angehörigen des Selbstschutzes hat eine im vaterländischen Interesse höchst verdienstvolle Tätigkeit in Oberschlesien entfaltet. Da das Reichskommunikationsamt in Katowice eine wirkliche Zusammenfassung aller Parteien darstellt, hat die Regierung es als einheitliche Vertretung der ober-schlesischen deutschen Bevölkerung anerkannt.

Weiter fehlt es an Nachwuchs für die höheren Verwaltungsposten. Auch das Kabinett ist zum Kampf entschlossen, wenn es angegriffen wird. Die politische Lage ist aber so, daß es erwünscht wäre, wenn solcher Kampf

vermieden werden könnte. Darum sind wir auch einverstanden: Zum Frieden gern bereit! (Beifall.) Finanzminister Seiwitz verteidigt sich gegen die Vorwürfe des Reichstagsabgeordneten Heilmann. Das Parlament; dem Reizgen ist seitens der Staatsbank ein Antwort gegeben worden.

Hg. Sauerhahn (Z.): Das höchste, was das deutsche Volk hat, ist seine Gewissensfreiheit. Ihnen (nach links) liegt es, einen Antikampf zu vermeiden, indem sie sich bei der Schlußfrage streng an die Verfassungen halten. Das Wort ein Volk, eine Schule, ist ja sehr leicht, tatsächlich aber ein hohes Schlagwort. Die Erklärung der Jugend ist natürliches Recht und heilige Pflicht der Eltern, der kleinste Teil des deutschen Volkes. Das Volk wird in seinen Konfessionsgruppen zu 90 Prozent nicht rühren lassen auf Grund.

Die Lage am Rhein wird immer unerträglicher. Im übrigen Deutschland gibt man sich davon noch nicht genügend Rechenschaft. Das rheinische Volk verdient kein Zeugnis treuesten Aushaltens und unbedingter nationaler Buvorsichtigkeit. (Gangener, Beifall.)

Gerichtssaal.

Frau Minister verurteilt. Wegen Vergehen gegen das Entwaffnungsgesetz ist von der Strafkammer in Nordhausen die frühere braunschweigische Kultusministerin, Frau Minna Faschauer, zu vier Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatte in einer öffentlichen Versammlung zur Verweigerung der Waffenablieferung aufgefordert.

Verurteilung deutscher Militärs in Lille. Der Allier Kriegsgericht in Frankreich hat deutsche Offiziere und Soldaten verurteilt, die sich angeblich verschiedene Vergehen gegen das gemeine Recht schuldig gemacht haben. So wurde Oberst Trusche und Hauptmann Huer zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Der erste wegen Diebstahls von Schmuckstücken und der zweiten wegen Diebstahls von altem Mobiliar. Weiter wurden 4 Unteroffiziere wegen Gewalttätigkeiten gegen Zivilpersonen zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

* **Schützenfest.** Von sonnigem Sommerwetter begünstigt, fand die Tane des Steinheimer Schützenfestes am allernächsten Freitagabend verlauten. Sie brachten die Abkühlung herbei, die eine stark. Freiluftung fanden. Konzert, Ball und am Sonntagabend auch wieder ein gemeinsames Mittagessen in der Schützenhalle, an dem ca. 70 Mitglieder teilnahmen und in dessen Verlaufe manche schöne Worte über Kameradschaft, Schützentreue, Vaterlandsliebe und nationale Empfinden gesprochen und sehr beifällig aufgenommen wurden. Den Königshaus hat Herr Gutschke Sonntag Abend, der sich Frau Regiermeister Alois Hammerstein zur Königin wählte. Daß an den beiden Tagen die Festlichkeit erst gegen Morgen ihr Ende fand, wollen wir der Vollständigkeit halber erwähnen.

* Die Herren Genossen der Mollerei Steinheim werden an dieser Stelle nochmals an die am Mittwoch nachmittag 1 Uhr im Hotel Bleitup stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung erinnert mit der Bitte, vollständig zu erscheinen. Ferner wird gebeten, die Tagesordnung, betr. Ueberlassung eines Bauplatzes für ein Transformatorhaus vom Mollereibetriebe so zu erledigen, daß doch der so dringende eilige Bau begonnen werden kann. Die Gründe, die für die Wahl dieses Bauplatzes sprechen, sind für die ganze Anlage von ganz besonderem Interesse und können in der Versammlung besprochen werden.

* **Horn, 17. Juli.** Am Sonntag nachmittag ereignete sich hier ein trauriger Unglücksfall; ein Herr Meyer, Arbeiter in einem Appelpirner Scholungsheim, war in der Nähe des Felsens bei den Ertensheimen mit einer Dame am Rande. Auf noch unaufgeklärte Art lenkte plötzlich das Boot, wobei es der Dame möglich war, mit Hilfe entschlossener Helferinnen das Ufer zu erreichen, während der Herr, wahrscheinlich von Schläge getroffen, in den Fluten versank. Ein Wasserwagen sprang ihm nach, konnte ihn aber nicht retten. Die Leiche an's Land befördern. Jedoch blieben die angelegten Wiederbelebungsversuche leider erfolglos.

* **Sersford, 18. Juli.** Am Sonnabend fand eine ungeheure Beteiligung der gesamten Bevölkerung der Gegend des ermordeten Oberbürgermeisters Basse statt.

* **Heidelberg, 18. Juli.** Bei einer Durchsicht der Wohnung des Gemeindegastwirts Gierst wurde noch eine ganz Reihe bisher vermißter Gegenstände, insbesondere die 11 1/2 der beiden Bürgermeister Basse und Werner sowie zahlreicher Briefschaften und der Siegelring Werners gefunden. Es wurden die gefundenen Gegenstände vorgelegt; er stellte sich den Besitz der Gegenstände in Abrede und blieb mit allem Starrsinn bei seinem Leugnen.

Bekanntmachung!

Die auf Grund des § 73 a der Reichsgetreideordnung vom 11. Dezember 1920 erlassene Verordnung über Schrotmühlen vom 11. Dezember 1920 wird hierdurch aufgehoben.

Berlin, den 22. Juni 1921.
Preussischer Staatskommissar für Volksernährung
Vorschreiben der Verordnung wird mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß das Verbot von Vortreibe aus der Getreideverordnung 1920 auch trotz der Aufhebung der Schrotmühlen-Verordnung nach wie vor verboten bleibt, und daß ebenso das Verbot von Vortreibe der alten wie der neuen Ernte auch künftig unter strenge Strafe gestellt ist.

Alle übrigen Bestimmungen im Handel und in der Benutzung der Schrotmühlen sind aufgehoben.

Reichsausschuß Höger — Getreidestelle.

Geflügelzucht-Verein Steinheim.

Mittwoch vormittag gelangt an die Mitglieder die übermorgen in der Ottomeyer'schen Mühle zur Ausgabe. Der Vortrag ist vorher beim Kassierer Herrn Fr. Giers zu entnehmen.

Gesangverein „Harmonie“.

Donnerstag Abend: Gesangstunde im Vereinslokal.

Bezug
9.00 Mark
ersch. wö
für die Sch
Nr. 73.
England w
Eine off
Belands über
Die britische
der endgültig
Daily Expre
bort zu hab
Großbritannien
gen über die
Spannung
gere sich un
da sie überze
heit bezeuge.
Nichtlich
die die Luft
dermaßen wie
macht, der d
des Obersten
schleichen. Die
gierung en
len Gefüh
sungen n
schönen Bor
ge, so habe
nung und
hierfür nötig
hang mit d
Truppen in
aufgeführt war
eine sofort
nung ange
Nach Her
Briand ger
and auf sein
von Sachver
überseht
wurde, Genau
müsse der Ob
stehen, und d
verzüglich zu
zu den Ober
Briand si
verein, daß
vertröle Arb
Der leise
gegen die M
wacht zu erh
einem Schläge
liche Boulevar
Verlag gefol
haben der tr
fragen Frage
Strupel mach
Berdehung P
schen als die
das vor kein
schleichen in
obwohl die
Vortreibe
gemacht hatte
Kaufmann z
Friedensstör
liege.
Auch di
Oberschlesien
heilen. Wäh
man die Be
Kommunika
einmal sehr
nen zur Ver
Mitgliedern ein
empfohlen. E
in der Note
Notwendigkeit
der Gefahr f
Oberschlesien
über die All
französische P
die Karten
ohne Umföhr
schen Divisio
tionen als M
„deutschen H
wird also off
französischen
in der Unterz
sammenhang
len ist diese
geant“ dopp
ber den Pol
wings des de
Eingetretens
ist, soll jeh
schen Divisio
burchgeführt